



SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
BEI DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

KÖLN-Bayenthal, den 7. April 1954
Bayenthalgürtel 15
Telephon: 3 30 31

*all. h. Chef der S. P. Abteilung
9. IV
Z*

HU/ln

*R. 15. 11. 1. B
1. B. 21. 1. 1. 2. 2.*

1. 10. 4.

G E H E I M !

Stiner.

*Arth. Kerpuchen
12. IV
Z*

Herr Minister,

Ich danke Ihnen für Ihren Brief vom 24. März, mit welchem Sie mich über die von den Herren Legationsrat Schnyder und Legationsrat Stiner in Genf geführten Gespräche betreffend eine sowjetzonale Handelsvertretung in Zürich orientierten.

Ich habe selbstverständlich striktest vermieden, mit irgend jemandem über diese Frage zu sprechen, doch kann ich den Eindruck, den ich Ihnen in meinem Schreiben vom 15. März schilderte, nur bestätigen: Im gegenwärtigen Moment berührt alles, was auf Annäherung an die Deutsche Demokratische Republik hinausläuft, den neuralgischsten Punkt Bonns! Dies zeigt deutlich die Rede Adenauers, die er an dem gestrigen Bankett der ausländischen Presse hielt. Ich lege Ihnen den Text bei. Sein Hauptteil war dem Verhältnis der Bundesrepublik zur Deutschen Demokratischen Republik gewidmet. Der Kanzler gab der Erwartung Ausdruck, dass die freien Staaten die Sowjetzone nicht als souveränen Staat anerkennen würden und wiederholte die bekannte These, dass die Bundesrepublik die einzig legitime Vertretung des deutschen Volkes sei. Er berief sich dabei auf die Erklärungen der drei Westmächte vom Oktober 1950: "Die drei Regierungen sehen in der Bundesregierung die einzige deutsche Regierung, die für Deutschland sprechen und das deutsche Volk bis zur Wiedervereinigung Deutschlands in internationalen Angelegenheiten vertreten kann". Neu war, dass er sich zur weiteren Stützung dieser These auf das Londoner Abkommen berief. Damit ging er m.E. zu weit. Da es sich aber nicht um eine offizielle Mitteilung

Herrn Minister A. Z e h n d e r
Chef der Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Eidg. Politischen Departements
B e r n



- 2 -

handelt, ist es zunächst Sache der Presse und nicht die unsrige, diese These unter die Lupe zu nehmen. Doch dies ist vorläufig eine Nebenfrage. Hauptsache scheint mir, dass es im jetzigen Moment höchst inopportun wäre, in dieser heiklen Frage eine Initiative zu ergreifen, besonders nachdem der Kanzler heute über diese Frage eine weitere Erklärung abgegeben und der Bundestag eine Resolution gefasst hat (siehe Beilagen). Sie gipfelt in folgenden Sätzen: "Niemals werden wir anerkennen, dass die durch List, Betrug und Gewalt zur Herrschaft gelangten Machthaber der Sowjetzone befugt sind, deutsche Staatsgewalt auszuüben. Wir würden uns selbst entehren und alle Opfer der kommunistischen Gewalt Herrschaft beleidigen, wenn wir jene Machthaber als Partner beim Werke der Wiedervereinigung Deutschlands anerkennen würden. Ein freies Deutschland könnte aus der Zusammenarbeit mit ihnen nicht hervorgehen. Niemals werden wir uns mit der Spaltung Deutschlands abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen."

Der schwedische Gesandte, den ich auf gewisse Gerüchte ansprach, wonach die skandinavischen Staaten erwägen würden, Konsequenzen aus der russischen Souveränitätsverleihung an die Deutsche Demokratische Republik zu ziehen, sagte mir, er sei ohne genaue Nachrichten aus Stockholm, doch hätte er seiner Regierung grösste Zurückhaltung empfohlen und aufmerksam gemacht, dass ein solcher Schritt hier ernste Konsequenzen haben könnte; er empfahl, auf keinen Fall vorzuprellen, sondern die anderen nordischen Hauptstädte und Bern zu konsultieren und im Verein mit ihnen zu handeln.

Ich glaube in der Tat, dass grosse Vorsicht am Platz sei und es besser wäre, in diesem Fall die Reaktionen anderer Staaten abzuwarten. Ausserdem liegen weitere sowjetische Schritte in Sachen Deutsche Demokratische Republik in der Luft. Dem Vernehmen nach soll der Abschluss eines Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und der Sowjetzone bevorstehen, der beinahe den Charakter eines provisorischen Friedensvertrages haben soll.

- 3 -

Alles das bestärkt mich in meiner Empfehlung, nicht als Schrittmacher in dieser Angelegenheit zu handeln, sondern - wenn überhaupt - nur pari passu mit anderen neutralen Staaten. Ich hoffe, die ganze Sache anlässlich meines Besuches in Bern nach Ostern mit Ihnen durchsprechen zu können.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE



3 Beilagen.